

# **SCHUTZSCHIRM FÜR SOZIALE EINRICHTUNGEN IN DER KRISE**

**Beschluss des Landesvorstandes der CDU Berlin**

Berlin, 17. September 2022

**D**ie gesamte Sozial- und Gesundheitswirtschaft steht angesichts der drastisch steigenden Energiepreise vor gewaltigen Herausforderungen. Für viele soziale Einrichtungen ist die Situation jetzt schon existenzbedrohend. Ohne Unterstützung der Politik werden viele von ihnen die kommenden Monate nicht überstehen. Gleichzeitig erbringen sie gerade in der Krise zwingend notwendige Leistungen für das Gemeinwesen – seien es Kindertagesstätten, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, stationäre Jugendeinrichtungen, Beratungsstellen, Tafeln oder Einrichtungen der Obdachlosenhilfe.

CDU Berlin fordert den Senat auf, diese für die soziale Daseinsvorsorge in der Krise unverzichtbaren Einrichtungen zu unterstützen und einen finanziellen Schutzschirm für die freien Träger der Sozial- und Gesundheitswirtschaft aufzuspannen. Drohende Insolvenzen müssen mit aller Kraft abgewehrt werden.

Der Landesvorstand bekräftigt die Forderung der CDU Berlin nach einem Energiepreisdeckel für die Grundbedarfe an Energie. Hierfür muss auch der Senat sich gegenüber der Bundesregierung mit allem Nachdruck einsetzen.

Da bisher nicht erkennbar ist, dass SPD, Grüne und FDP sich substantiell in diese Richtung bewegen, braucht es auf Berliner Ebene aber sofort wirksame Maßnahmen zum Schutz der sozialen Einrichtungen. Wir fordern den Senat deshalb auf, in der Zeit der Krise die Finanzierung der Leistungserbringer im Sozialbereich insofern anzupassen, dass Kosten für Strom und Wärme direkt von der öffentlichen Hand übernommen werden und nicht von den Trägern aus der laufenden Finanzierung zu begleichen sind. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sollen im Zuge der vom Senat zu beschließenden Entlastungsmaßnahmen eine finanzielle Sonderzuwendung erhalten, um nicht in wirtschaftliche Schieflage zu geraten.